



Gemäß § 97 Abs. 2 GemO ist die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan nach Zuleitung an den Stadtrat bis zur Beschlussfassung zur Einsichtnahme durch die Einwohner verfügbar zu halten und durch öffentliche Bekanntmachung darauf hinzuweisen. Diese können Vorschläge zum Entwurf der Haushaltssatzung, des Haushaltsplans oder seiner Anlagen innerhalb einer Frist von 14 Tagen ab Bekanntmachung einreichen. Eine Beschlussfassung über den Entwurf der Haushaltssatzung darf erst nach Ablauf dieser Frist erfolgen.

Über etwaige Vorschläge der Einwohner im Rahmen dieser Bürgerbeteiligung, die bei Bedarf als Tischvorlage zur Ratssitzung dem Stadtrat zur Verfügung gestellt werden, hat dieser dann abzuwägen bzw. zu beschließen.

Der Vorsitzende betont, dass sich das Defizit verringert und dass sich durch die Realisierung des Krämereck-Süd die Einnahmesituation weiter verbessern wird. Die Altstadtsanierung wird fortgesetzt. Der Haushalt bringt keine Überraschungen und der Vorsitzende zeigt sich offen für Verbesserungsvorschläge.

Frau Kloos hebt für die SPD-Fraktion hervor, dass aktive Stadtentwicklung ohne Investitionen nicht möglich ist. Dennoch kann das Jahr 2016 günstiger abgeschlossen werden als geplant. Die Verbindlichkeiten sinken. Sie weist darauf hin, dass 91% der Ausgaben durch Umlagen, Personalkosten und sonstige Verpflichtungen festgelegt sind. Darauf hat die Stadt keinerlei Einfluss. Ein positiver Haushaltsabschluss ist nur durch Wachstum möglich.

Herr Darmstadt hält den Haushalt für unrealistisch. Er bemängelt die steigende Gesamtverschuldung und das sinkende städtische Eigenkapital. Bei der Verbesserung der Finanzlage erwartet er mehr Engagement und Kreativität. Er überreicht dem Vorsitzenden eine Liste mit Anträgen zur Verbesserung der Haushaltssituation.

Herr Dr. Becker stellt für die CDU-Fraktion fest, dass sich die Tendenz seit 2014 verbessert und sich durch das Krämereck weiter verbessern wird. Für einen ausgeglichenen Haushalt wäre eine Steigerung der Einnahmen nötig, welche nur durch ein produzierendes Gewerbe in Oppenheim, erreicht werden kann. Dafür fehlen jedoch die Flächen. Er bezeichnet den Haushalt als wohlüberlegt und will weiter für eine Konsolidierung kämpfen.

Der Vorsitzende lässt über die folgenden Anträge der AL-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2017 abstimmen:

- Reduzierung der Haushaltsansätze bei den Telekommunikationskosten um 5.000 €.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja, 14 Nein, 1 Enthaltung

- Reduzierung der Haushaltsansätze bei den Leasingzahlungen für den städtischen Fuhrpark um 10.000 €.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja, 15 Nein

- Reduzierung der Haushaltsansätze beim Engagement von Medienagenturen um 10.000 €.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja, 15 Nein



- Reduzierung der Haushaltsansätze bei der Anmietung von WC-Containern um 3.000 €.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja, 15 Nein

- 1
- 70.000 € Entlastung bei den Personalkosten durch die Übertragung der beiden Personalstellen des Tourismusbereiches an die Tourismus GmbH.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja, 14 Nein,

- Antrag auf Einsparung von 10.000 € durch den Wegfall des Postens des 2. Beigeordneten.

Der Vorsitzende erklärt, dass dieser Antrag nicht zulässig ist, deshalb wird darüber nicht abgestimmt.

- Reduzierung der Haushaltsansätze um 30.000 € durch die Umschuldung von langfristigen Krediten, insbesondere des Großkredites i.H. von 4,2 Mio. €.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja, 15 Nein

- Erhöhung der Einnahmen um 3.000 €, durch die marktübliche Anpassung der Mieten und Pachten beiden städtischen Immobilien und Liegenschaften, für die Büroräume und andere Räumlichkeiten des Rathauses oder die Verpachtung des Städtischen Weingutes.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja, 15 Nein

- Erhöhung der Einnahmen um 5.000 € durch die Kostenerstattung von Dienstleistungen des Bauhofes anhand von Stundenblätternachweisen bei Veranstaltungen wie Rheinradeln, Mittelaltermarkt, Schlemmerwanderungen etc.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja, 15 Nein

- 3
- Erhöhung der Einnahmen um 5.000 € als Gewinnerwartung aus dem städtischen Anteil der Tourismus GmbH.

Über diesen Antrag wird nicht abgestimmt, da er nicht zulässig ist. Darüber muss die Tourismus GmbH entscheiden.

- 2
- 30.000 € Mehreinnahmen durch eine vertraglich geregelte Verpachtung der stadteigenen Anlagen des Kellerlabyrinths an die Tourismus GmbH.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja, 14 Nein, 1 Enthaltung

- 50.000 € Mehreinnahmen als Erinnerungsposten bei den Gewerbesteuererträgen durch Nachverhandlungen und Zerlegungsvereinbarungen mit der Kaufland-Einzelhandelsgruppe und deren Unterpächtern im Krämereck-Süd.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja, 14 Nein, 1 Enthaltung